



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/221 - 22.9.1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Das Ende des Streiks in Hessen	S. 1
Pleven-Plan als französisches Machtinstrument	S. 3
Föderalistische Zentralisten (Zur Südweststaat-Frage)	S. 4

Die Spannung blieb

-x. Der Hessenstreik ist beendet. Die Arbeiter gehen nach vier Leidenswochen in die Betriebe zurück; ihr Erfolg war gering. Ihre ursprüngliche Forderung haben sie nicht durchgedrückt. Aber sie sind nicht abgeschlagen und sind ungebrochen, denn 63,3 Prozent aller Streikenden und sogar 80 Prozent aller abstimmenden Arbeiter stimmten für Fortsetzung des Kampfes. Die organisierten Arbeiter sind Opfer ihres eigenen Statuts geworden, das eine 75prozentige Mehrheit aller Streikenden verlangt, wenn die Auseinandersetzung fortgesetzt werden soll. In diesen Zahlen offenbart sich die soziale Situation.

Trotz vier Wochen Lohnverzichts und Beschränkung auf die Streik-Unterstützung halten die Arbeiter in ihrer Mehrheit die geforderten sechs D-Mark pro Woche für eine so notwendige Ergänzung ihres Einkommens einerseits und den Kampf gegen Unternehmer-Willkür, die sich im Streik kraß offenbarte, und gegen die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialsituation für so notwendig, daß sie zu weiteren Opfern bereit sind. Die Zahlen zeigen auch die ganze Härte der sozialen Fronten in einer sozial-revolutionären Situation, die sicher, zumal nach dem unbefriedigenden Ausgang des Kampfes, von den Radikalen genutzt werden wird: Gegen die Bundespolitik, gegen die Wirtschaft und nicht zuletzt auch gegen die Gewerkschaften selbst. Es wird eine Frage der politischen

Gesundheit und Instinktsicherheit der hessischen Metallarbeiter sein, ob die anti-demokratischen Interessenten künftig in Hessen größere Erfolge haben.

Die Hartnäckigkeit der von den Arbeitgeber-Verbänden des ganzen Bundesgebiets unterstützten und aus Kreisen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien in ihrer Haltung bestärkten hessischen Unternehmer konnte weder mit der Aufrechterhaltung des Preisniveaus - denn die Preise werden lustig weiter nach oben geschraubt - noch mit der sozial ausreichenden Lebenshaltung - denn dagegen spricht zu deutlich das Abstimmungsergebnis - begründet werden. Noch weniger ist die Furcht vor einer "Lohn-Preis-Spirale" ein ausreichender Grund. Es hat seit 1945 keine Lohn-Preis-Spirale in Deutschland gegeben, sondern immer eine Preis-Lohn-Spirale, wobei der Lohn die Preise nie erreichte. Alle anderen, auch statistischen Feststellungen, kann jede Arbeitnehmer-Hausfrau sofort und schlagend widerlegen.

Aber selbst wenn man Löhne erhöht, haben sie nie die Wirkung, die man ihnen andichtet. Nimmt man an, daß die Masse aller deutschen Erzeugnisse einen Lohnanteil von 50 Prozent enthalte, und nur die restlichen 50 Prozent Materialkosten, Erzeuger- und Handelsanteil wären, so könnte eine generelle Erhöhung aller Löhne um zehn Prozent doch nur eine Preissteigerung aller Waren um fünf Prozent ergeben. Aber die Kaufkraft der breitesten Verbraucherschichten wäre um zehn Prozent gestiegen. Umgekehrt würde eine Lohn- und damit für diese Schichten Kaufkraftsenkung um zehn Prozent nur eine Preissenkung von fünf Prozent ermöglichen. Aber gerade darum geht es den Herren in der Wirtschaftsführung: Sie wollen die Massenkaufkraft beschränken zugunsten weiterer "Exporte", wie sie sagen, und zur Erhöhung ihres Gewinnanteils, den sie meinen.

Die Streikenden gehen zurück an die Arbeit. Die "Kraftprobe" hat den sozialen Zündstoff nicht ausgeräumt. Mögen Bonn und die Wirtschaftsführung diesen Ausgang nicht mißdeuten und sich endlich zur Wandlung ihrer Sozial-, Wirtschafts-, Steuer-, und insbesondere ihrer Preispolitik entscheiden. Aus diesem Unruheherd könnte es sonst eines morgens ein unangenehmes Erwachen geben.

Garantierte Nichtgleichberechtigung

(sp) Schon die kürzliche Erklärung Robert Schumans in Ottawa, die Ansicht Bonner Regierungskreise, ein angenommener Pleven-Plan würde keineswegs die Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantik-Pakt zur Folge haben, genügt, um die in Washington de facto beschlossene Nichtgleichberechtigung Deutschlands zu beweisen, denn die europäische Armee soll dem Hauptquartier der Atlantik-Pakt-Mächteunterstellt werden, also einer Führung in der Amerikaner, Engländer, Franzosen und Italiener Kommandogewalt haben, aber nicht Deutsche.

Aber damit nicht genug. Nach dem bisherigen Stand der Pleven-Plan-Konferenz in Paris wird es schon in der dem Atlantik-Pakt untergeordneten sogenannten europäischen Armee keine Gleichheit der Bewaffnung und Ausrüstung geben. Frankreich, das bekanntlich einen Teil seiner Streitkräfte weiterhin als nationales Kontingent unterhalten will, vertritt die Meinung, daß eine "zweckmäßige Aufteilung" der einzelnen Waffen zu erfolgen habe. Mit anderen Worten, einer ebenso hervorragenden, wie bereits aktionsfähigen Armee, als die die Franzosen ihre eigene vermutlich bezeichnen werden, sollen die schweren und die offensiven Waffen gegeben werden, während die Deutschen erst einmal das von den anderen Waffengattungen unabhängige Fußvolk stellen würden, neben einiger Artillerie und vielleicht ein paar mit Deutschen bemannten Flugzeugen und Panzern. Selbstverständlich wird nicht der wahre Grund für diese Pleven-Planung ausgesprochen und so stützt man sich in Paris vorwiegend auf rüstungswirtschaftliche und militärtechnische Argumente.

Aber auch das ändert ja nichts an dem Ergebnis, an dem Fehlen jeder Gleichberechtigung, an dem grundsätzlichen Willen, die Chancen deutscher Einheiten von vornherein zu verringern. In einer dem Atlantik-Pakt unterstellten Mehr-Klassen-Armee würden die Deutschen nun einmal zu "Hessen" degradiert, nur daß für sie nicht ein in Dukaten meßbarer Preis, sondern eine scheinbare Aufhebung des Besatzungstatuts bezahlt wird. Aber jene "Hessen", die einmal im Sold Englands gegen Washington kämpften, hatten immerhin die

gleichen Chancen wie die Angehörigen anderer Nationen, die neben ihnen standen.

Frankreich wird sich aber über die aus dem Plevén-Plan resultierenden Vorteile hinaus noch eine weitere Möglichkeit des Kommandos und Interventionsrechts sichern wollen. Das soll über die den Westmächten verbleibenden Souveränitätsrechte in Deutschland geschehen. Ist nach Ansicht der Besatzungsmächte einer der Fälle gegeben, in denen sie die letzte Regierungsgewalt in der Bundesrepublik für sich in Anspruch nehmen wollen, dann würde sich diese Gewalt auch auf die deutschen Einheiten erstrecken. Schließlich aber soll der Schlußstein französischer Hegemonialstellung in Europa durch die neuerdings von Robert Schuman vorgeschlagene gemeinsame Oberinstanz in der Außenpolitik gesetzt werden, denn es ist ganz klar, daß eine durch Schuman- und Plevén-Plan bereits geschaffene wirtschaftliche und militärische Vormachtstellung das außenpolitische Übergewicht Frankreichs geradezu automatisch wirksam machen würden. In der Methode liegt wahrhaftig System.

Angesichts der nach außen zur Schau getragenen Europabegeisterung ist es mehr als peinlich, daß ein Vertrag erarbeitet werden soll, dessen militärische, wirtschaftliche und politische Auswirkungen für Deutschland einer nationalen Selbstaufgabe nahe kommen. Damit würde weder die Sicherheit Europas vermehrt, noch seine Integration vorangetrieben, sondern ein Zustand geschaffen, der eine Entwicklung zu diesen Zielen verhindern müßte.

+ + +

Sonderbare Gesinnungsbrüder

Zuschrift eines alten Badenars

Ob es nicht manchen meiner badischen Landsleute, der glaubt, als echter Föderalist zu handeln, wenn er sich für Altbaden einsetzt, etwas kurios zumute wird, wenn er sieht, wer seine Gesinnungsgenossen sind ?

Da hat er zunächst die warme Sympathie des großen Frankreich auf seiner Seite. Mag sein, sie ist dem oder jenem altbadischen

Politiker mehr wert als die seiner deutschen Landsleute, aber der Mann aus dem Volk empfindet anders. Zugegeben, Frankreich hält sich zur Zeit in der Frage der südwestlichen Einigung zurück. Aber man weiß, was ihm lieb wäre, und die betonte Reserve der letzten Wochen vor den Wahlen besagt nicht viel gegenüber verflossenen Jahren einer konsequenten Anti- oder doch entschiedenen Nichtsüdweststaat-Politik.

Die französische Politik ist merkwürdig stabil (und steril): Die Einigung Europas kann man sich in Paris nur als einen Zusammenschluß unter französischer Hegemonie vorstellen, und der Weg zu ihm geht nach wie vor über die Schwächung und womöglich Verkleinerung Deutschlands. Wenn die Verkleinerung gleichzeitig Frankreich eine Gebietserweiterung verschafft - tant mieux.

Darum ist man in Paris sehr für den altbadischen "Föderalismus", obgleich wenige Staaten so zentralistisch sind wie die französische Republik. Wenn es in diesem Herbst den Pseudoföderalisten gelänge, Altbaden oder Südbaden "selbständig" zu machen, wäre es freilich mit der französischen Zurückhaltung bald vorbei.

Zu den westlichen Sympathisierenden des badischen Partikularismus gesellen sich die Vertreter des östlichen Zentralismus als aktive Mitkämpfer Wohlebs. Wenn heute die badischen Kommunisten gegen den südwestdeutschen Zusammenschluß Stellung nehmen, tun sie es nicht deshalb, weil von ihrem badischen Standpunkt aus ein solcher Zusammenschluß den Interessen der Badener abträglich sein würde, sondern weil Moskau es befohlen hat. Und natürlich hat nicht etwa Stalins Sorge um das Wohlergehen Badens und des badischen Volkes diesen Befehl veranlaßt, sondern sein Wunsch, der deutschen Bundesregierung ein wenig in die Suppe zu spucken, im deutschen Fischteich durch kräftiges Stochern ein wenig Unruhe zu verursachen, den Franzosen einen kleinen Liebesdienst zu erweisen, der nichts kostet, und schließlich auch die Hoffnung, durch ein Eintreten für die Kirchtumpolitik des badischen Spießers der kommunistischen Partei Stimmenzuwachs zu gewinnen.

Diese Hoffnung freilich wird trügen. Wenn die Kommunisten jetzt für Altbaden eintreten, ziehen sie nicht die Spießbürger an sich, um deren Liebe sie sich damit bewerben, sie treiben es nur umso sicherer in die Arme der reaktionären Gruppen und Parteien, der Bannerträger des Hinterwäldlerpartikularismus. Es ist nicht das erste Mal, daß die Kommunisten der Reaktion Zutreiberdienste leisten. Ein wider natürliches, höchst unerfreuliches Schauspiel, diese unheilige Allianz zwischen Freiburg, Paris und Moskau! Wie sich Herr Wohlebs wohl fühlen mag, er, der große Föderalist, zwischen den beiden großen Propheten des Zentralismus?